

Sozialismus.de

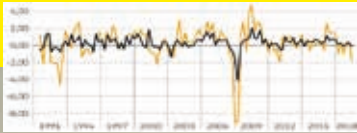
Heft 11-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



R. Detje/O. König/G. Wick:
IGM – Ende der leisen Töne

Michael Wendl: ver.di –
ein tarifpolitischer Sisypus



**Forum
Gewerkschaften**

Beiträge u.a. von

Ursula Schumm-Garling, Friedrich
Steinfeld, Kai Wagner, Mario
Kessler, Stephen Eric Bronner,
Joachim Bischoff, Hasko Hüning,
Hinrich Kuhls, Bernhard Sander



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Zu den Wahlen in Polen:

Kein Durchmarsch der Nationalkonservativen

Das wichtigste Ergebnis der Parlamentswahlen ist die absolute Mehrheit für die von Jaroslaw Kaczyński geführten Nationalkonservativen.

Die alternative Thronrede von Jeremy Corbyn:

Erneuerung und Transformation Britanniens

Johnsons konservative Regierung legt mit Pomp und Gloria dem Parlament eine Agenda vor, die sie nicht umzusetzen gedenkt und die sie auch nicht umsetzen kann.

Zu den Wahlen in Portugal

Linke Reformpolitik wiedergewählt

In Portugal haben die Parlamentswahlen das erwartete Kräfteverhältnis im Wesentlichen bestätigt. Der bisherige Premierminister António Costa hat mit erzielten 36,7% die Position seiner Sozialistischen Partei als stärkste Kraft ausgebaut, gegenüber der Wahl von 2015 4,4% hinzugewonnen und bislang 106 der insgesamt 230 Sitze in der Assembleia da República erreicht.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und
Leser*innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Bruch des Völkerrechts

Friedrich Steinfeld: Türkische Invasion in Syrien 2
Bruch des Völkerrechtes, Zerfall der NATO und Lähmung Europas

Linke Inhalte, rechte Feldzüge

Kai Wagner: Green New Deal – ein Anti-Trump-Programm
Konzeptionen und Kontroversen in der US-amerikanischen Debatte 6

Hinrich Kuhls: Neuer Gesellschaftsvertrag statt sozialer Spaltung
Zur Programmdebatte in der Labour Party 11

Bernhard Sander: Frankreich – die extreme Rechte vor einem weiteren
Durchbruch 16

Nach den fetten Jahren

Joachim Bischoff: Akkumulation im Abwärtstrend und Systemdefekte
Ende der langen Prosperitätsphase 20

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Eigentum und Arbeitsleistung 27

Unvollendete Einheit

Ursula Schumm-Garling:
Frauen in der DDR und der BRD – ein Vergleich 35

Hasko Hüning: »Die DDR war kein Betriebsunfall der Geschichte« 39

Forum Gewerkschaften

Richard Detje/Otto König/Gerhard Wick: Ende der leisen Töne
IG Metall Gewerkschaftstag 2019 – auf dem Weg in eine »neue Zeit«? 43

Michael Wendl:
ver.di – ein tarifpolitischer Sisyphus 48

Theorie & Geschichte

Stephan Krüger: Der Irrweg der »modernen« monetären Theorie
Gegenargumente zu einem vermeintlichen Königsweg zur Überwindung
des neoliberalen Mainstreams 51

Fritz Fiehler: Der späte Marx – ein Ökologe?
Über die Herausgabe der Hefte zur Agrikultur 56

Stephen Eric Bronner: Die Krise der Hoheitsgewalt
Eine geschichtliche Lehre zum 100. Jahrestag der deutschen Revolution 59

Mario Keßler: Konterrevolution und Antisemitismus
Vor 100 Jahren wurde Hugo Haase ermordet 63

Udo Achten: Es klingt so schön – weil innen hohl!
(zu Detering, Was heißt hier »Wir«?) 66

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 57

Veranstaltungen & Tipps 68

Klaus Schneider: Joker (Filmkritik) 69

Ende der leisen Töne

IG Metall Gewerkschaftstag 2019: Auf dem Weg in eine »neue Zeit«?

von ■ Richard Detje, Otto König und Gerhard Wick



10.10.2019, IG Metall Gewerkschaftstag
Nürnberg (dpa)

Der Ton zwischen der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall, aber auch zwischen den Betriebsparteien – den Betriebsräten und Vorständen – wird rauer. »Sozialpartnerschaft« wird zwar noch als Modell industrieller Beziehungen beschworen, doch »das goldene Jahrzehnt ist vorbei«. Notwendig sei eine »neue lohnpolitische Weichenstellung«, die die »fatale Kostenentwicklung der vergangenen Jahre stoppt«, so die Botschaft des Verbandes der bayerischen Metall- und Elektroindustrie (VBM). Im Vorfeld des 24. ordentlichen IG Metall-Gewerkschaftstages in Nürnberg (6. bis 12. Oktober 2019) fuhren die Arbeitgeber das schwerste Geschütz auf, das ein Tarifverband bieten kann: die Drohung mit der Abwicklung des Flächentarifvertrages.

Doch es sind nicht nur erfolgreiche Gewerkschaftskämpfe für Reallohnsteigerungen, der Einstieg in eine neue Politik der Arbeitszeitverkürzung und die

Neuerprobung von Arbeitskampffähigkeit mithilfe von Tagesstreiks, die die Frontstellung der Arbeitgeber begründen. Es ist eine Zeitenwende, die sich gegenwärtig auf verschiedenen Ebenen vollzieht. Mit erheblicher Wucht hat sich die ökonomische Krise nach einem Jahrzehnt zwar nicht überschäumenden, gleichwohl kontinuierlichen Wirtschaftswachstums zurückgemeldet. Verknüpft ist sie mit einer Veränderung globaler Wertschöpfungsketten mit den Großmärkten China und USA, wodurch das Krisenpotenzial massiv anwächst. Die Rettung der deutschen Exportindustrie in der Großen Krise 2009 durch gesteigerte Nachfrage der großen Schwellenländer wird sich nicht wiederholen. Umso dramatischer wird sich auswirken, was Klaus Dörre als »ökonomisch-ökologische Zangenkrise« bezeichnet: Es muss schon qualitatives, ressourcenschonendes, CO₂-mindernendes Wachstum sein, um in Zeiten globaler Klima- und Umweltkrisen nach-

haltig Unternehmen und Beschäftigung sichern zu können. Und schließlich hat in den Betrieben ein neuer, auf digitaler Vernetzung und Künstlicher Intelligenz basierender Rationalisierungsschub begonnen, dessen Auswirkungen gegenwärtig noch kaum überschaubar sind, und auf den die Metall- und Elektrounternehmen völlig unzureichend vorbereitet sind.

Hieraus muss nicht, aber kann eine sich wechselseitig verstärkende Vierfachkrise erwachsen, wie es sie nur in anderen Zeiten grundlegender Umschwünge – wie in den 1970er Jahren – gegeben hat. Es sind Veränderungsprozesse zu erwarten, die das bestehende Produktions- und Wirtschaftsmodell umwälzen. Darauf mit einer Politik der zaghaften Anpassung im Kleinen, des Sich-Wegduckens oder Durchwurstelns

Otto König ist Mitherausgeber und *Richard Detje* Redakteur von *Sozialismus.de*, *Gerhard Wick* ist 1. Bevollmächtigter der IG Metall Geschäftsstelle Esslingen.

zu reagieren, wird den Herausforderungen im Ansatz

nicht gerecht.

Doch scheint das die Marschroute von größeren Teilen der Arbeitgeber zu sein. Aufrufe zur Lohnzurückhaltung mit dem Argument, anders die anstehenden Investitionen nicht stemmen zu können. Standortschließungen und Verlagerung industrieller Wertschöpfung beispielsweise von automobilen Zulieferern – Continental, Mahle, ZF – nach Osteuropa, um Kostensenkungen einzufahren. Hektisches experimentieren mit Unternehmenskonzepten wie im Fall Thyssenkrupp, um auf dem letzten Drücker noch Kasse zu machen. Innovation und Problemlösungskompetenz – Fehlanzeige; Konventionalisierung, wohin man schaut.

Manifest: »Die IG Metall in einer neuen Zeit«

Auf ihrem Gewerkschaftstag in Nürnberg hat die IG Metall angekündigt, einen anderen Weg einzuschlagen. »Transformation« lautet die Überschrift für einen Strategiepfad, auf dem die Gewerkschaft proaktiv für ökologischen und sozialen Wandel der Industrie und für Gute Arbeit in den Betrieben steht. Das ist ganz und gar nicht selbstverständlich, sondern kann risikoreich sein, wenn zähe Verhandlungen über die Zukunft des Standorts anstehen, wie Frank Sell, Betriebsratsvorsitzender von Bosch in Stuttgart-Feuerbach, den Delegierten berichtete. Da geht es »nicht mehr sozial und auch nicht mehr partnerschaftlich« zu. »Die Belegschaften sind extrem verunsichert«, so Ünsal Baser von den Hüttenwerken Krupp Manesmann in Duisburg. Zurecht sieht man sich von Preisdumping, Stromsubventionen und Umweltignoranz anderer Herstellernationen in die Zange genommen.

Dennoch: Das in Teilen der Presseberichterstattung vom Gewerkschaftstag gezeichnete Bild einer konservativen Gewerkschaftsbasis, die am vermeintlich »Altbewährtem« festhalte und »der neuen Zeit« den Rücken zuwende, bleibt an Klischees haften. Sicher gibt es

die Parole »Rettet den Diesel«. Doch die Delegierten des Gewerkschaftstages und die Mehrheit der von ihnen vertretenen Mitglieder sind bereit, neue Strategien zu verfolgen.

Das von den Delegierten des Gewerkschaftstages beschlossene Manifest »Die IG Metall in einer neuen Zeit«, in dem sich die Gewerkschaft »uneingeschränkt« zum Pariser Klimaabkommen bekennt, soll Kompass in einer Zeit des grundlegenden Wandels mit tiefgreifenden Veränderungen sein und aufzeigen, wie die Transformation »sozial, ökologisch und demokratisch« gestaltet werden kann. »Wir brauchen«, heißt es im Text, »einen aktiven demokratischen Staat, der investiert, Regeln bestimmt, Dumping verhindert, Regionen nicht alleine lässt und Beschäftigten die Zeit, das Geld und die Möglichkeiten bietet, die sie brauchen, um den Wandel für sich zu nutzen.« Nur wenn es gelinge, den Wandel mit den Beschäftigten gemeinsam zu organisieren, werde der Klimaschutz Akzeptanz finden. Der Kampf für eine »wirklich demokratische und gerechte Wirtschaftsordnung« bleibe die »unvollendete historische Mission der Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert«.

Die Herausforderungen sind gewaltig, selbst wenn man, wie der alte und neue IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann, davon ausgeht, dass die 1,5 Mio. Stellen, die durch die Digitalisierung wegrationalisiert zu werden drohen (was 5% aller Jobs in der Bundesrepublik entspricht), an anderer Stelle neu entstehen werden – es werden dann Jobs mit ganz anderen Anforderungsprofilen sein. Deshalb fordert er von den Arbeitgebern, die »Digitalisierungsgewinne in gute Arbeit« zu investieren, und vom Staat eine »aktive Industriepolitik« mit klaren Vorgaben: »Wir wollen, dass in Deutschland und in Europa das Politische den Ton angibt und nicht der Markt.« Und: Wer in der Krise 2008/2009 »Banken gerettet habe«, müsse heute alles tun, »um Arbeitsplätze zu sichern«. Ziel der Gewerkschaft sei es, massiven Arbeitsplatzabbau zu verhindern und möglichst viele Beschäftigte für neue Tätigkeiten zu qualifizieren. Hofmann forderte in seinem »Zukunftsreferat« eine Weiterent-

wicklung des Mitbestimmungsgesetzes zu »einer wirklichen Mitbestimmung, die nicht ihre Grenze bei der Zweitstimme des Aufsichtsratsvorsitzenden findet«. Eine Kampagne zur Stärkung der Unternehmensmitbestimmung wurde angekündigt.

Die Feststellung des geschäftsführenden Vorstandmitglieds Hans-Jürgen Urban, »wir leben heute in einem globalen Kapitalismus, der die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen spaltet«, und der wachse, indem er die Natur zerstöre, fand sehr breite Unterstützung unter den Delegierten – einschließlich der sich daraus ergebenden Folgerung, dass »die Überwindung dieses Modells zur Überlebensfrage der Menschheit geworden« ist. In der Antragsdebatte beschlossen die Delegierten, dass die IG Metall »ihre Initiativen für Wirtschaftsdemokratie verstärken, dieses Thema populär machen und um Verbündete werben« soll (Geschäftsstelle [Gs] Frankfurt/Main). Gerade in Zeiten der Transformation komme es darauf an, »die Demokratisierung der Wirtschaft, wie seit langer Zeit in der Satzung verankert ist, voran zu treiben«, heißt es ergänzend im Antrag der GS Hannover (siehe Kasten).

»Denkzettel« und Aufforderung zu einer »offensiven, kämpferischen Politik«

Die Personalentscheidungen des Gewerkschaftstages sorgten für Überraschungen. Mathias Schiermeyer stellte vor den Vorstandswahlen in der *Stuttgarter Zeitung* (8.10.2019) fest: »Kühl kalkulierend und lediglich mit einem Mindestmaß an Emotion steuert er (Jörg Hofmann) die größte Gewerkschaft der freien Welt zielsicher durch die schwierigen Zeiten.« Deshalb sei »ein Wahlergebnis von mehr als 90 Prozent keine große Überraschung«, um am nächsten Tag zu kommentieren: »das historisch schlechte Ergebnis (71%) ist ein schwerer Dämpfer für den Schwaben. Mit 91,3 Prozent war er 2015 ins Amt gestartet.«

Woran lag's? Hofmann selbst erklärte nach seiner Wiederwahl, das Wahlergebnis zeige, in welchem Spannungsfeld die IG Metall stehe. Als möglicher

Wirtschaftsdemokratie – Auszüge aus Anträgen zum Thema

»Mehr Demokratie wagen: Die Transformation braucht Wirtschaftsdemokratie und Industriepolitik«

(Antrag E2.129, GS Frankfurt a.M.)

»Die Antwort auf die Frage, was für welche Märkte produziert werden soll, ist unverzichtbar zur Sicherung der Beschäftigung. Damit sind die Ideen der Beschäftigten für alternative Produktion aufzugreifen und konzeptionell zu entwickeln. (...) Wir brauchen mehr Demokratie in der Wirtschaft. Die Finanzmarktkrise 2008 hat gezeigt, dass große wirtschaftliche Risiken nicht durch den Markt geregelt werden. Die Folgekosten der unverantwortlichen Politik von Banken und Hedgefonds wurden den Menschen aufgebürdet. In der Folge stiegen die Staatsschulden sprunghaft. Die Austeritätspolitik hat insbesondere in den Ländern des Südens noch heute katastrophale Folgen. (...) Es stellt sich die Frage, welche Industrie und welche Dienstleistungen wollen und brauchen wir? Eine Debatte über soziale Bedürfnisse und damit über die Frage, wie, was und zu welchem Zweck produziert werden soll, ist immer verschränkt mit anderen Fragen, z.B. nach der Zukunft der Mobilität, nach ökologisch nachhaltiger Produktion, nach der Gestaltung einer Einwanderungsgesellschaft, nach guter Pflege und sozialer Teilhabe. Die IG Metall wird ihre Initiativen für Wirtschaftsdemokratie verstärken, dieses Thema populär machen und um Verbündete werben:

1. Wir fordern mehr gemeinschaftliches Eigentum. Öffentliche Unternehmen sind zu stärken. Die Rekommunalisierung von privatisierten Unternehmen ist zu prüfen. Genossenschaften und Mitarbeitergesellschaften sind zu fördern. Im Zusammenhang mit der Transformation ist die Forderung von Public Equity Fonds zu aktualisieren.
2. Selbstbestimmung und Partizipation der Menschen sind zu fördern. Dazu gehören erweiterte Mit- und Selbstbestimmungsrechte im Betrieb ebenso wie erleichterte Möglichkeiten für Volksabstimmungen auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis zur Europäischen Union.

3. Die Rechte von Betriebsrätinnen und Betriebsräten, Jugend- und Auszubildendenvertreterinnen und Vertretern, Schwerbehinderten-Vertreterinnen und Vertretern und Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten in wirtschaftlichen Angelegenheiten sind zu stärken.

Das ist insbesondere dann nötig und sinnvoll, wenn wirtschaftliche Alternativen zur Sicherung von Beschäftigung in der Transformation entwickelt und verhandelt werden.« (Annahme)

»Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!«

(Antrag E2.130, GS Hannover)

»Die Interessen der Unternehmer an einer möglichst hohen Rendite stehen den Interessen der Beschäftigten an sicheren Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen gegenüber. Deshalb kommt es gerade in Zeiten der Transformation darauf an, die Demokratisierung der Wirtschaft, wie sie in der Satzung der IG Metall seit langer Zeit verankert ist, voran zu treiben. Der Vorstand wird aufgefordert, ein aktuelles Konzept der Wirtschaftsdemokratie gemeinsam mit den Geschäftsstellen und Bezirksleitungen zu erarbeiten und in der IG Metall zur Diskussion zu stellen. Nach dem Ende des internen Diskussionsprozesses soll dieses Konzept gegenüber der Öffentlichkeit, der Politik und den Unternehmen als Leitbild der IG Metall stark herausgestellt werden. Da GesamtMetall mit Millionen von Euro eine ›Initiative neue soziale Marktwirtschaft‹ finanziert, soll die IG Metall eine ›Initiative Wirtschaftsdemokratie‹ öffentlichkeitswirksam dagegensetzen. Auf der Basis der bestehenden Pilotseminare werden in den Bezirken und den zentralen Bildungsstätten deutlich mehr Seminare zur Wirtschaftsdemokratie angeboten als bisher.

Inhalte eines Konzeptes zur Wirtschaftsdemokratie sind: Eine aktive Rolle des Staates bei der Regulierung der Wirtschaft: Unser Ziel ist es, alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche stärker zu demokratisieren.« (Annahme als Material an den Vorstand)

Grund für das schlechte Abschneiden wurde von Delegierten das Alter des Vorsitzenden genannt. Hofmann wird im Dezember 64 Jahre alt. Damit werde er bis zum voraussichtlichen Ende seiner Amtszeit im Jahr 2023 die bislang in der Gewerkschaft ungeschriebene Regel, dass der Vorsitzende nicht im Rentenalter sein soll, an das sich alle seine Amtsvorgänger gehalten haben, brechen. Zumal es gerade die IG Metall ist, die die »Rente mit 67« – auch auf diesem Kongress – vehement ablehnt und bekämpft. Nachdem bei den Diskussionen zu den Geschäftsberichten kaum Kri-

tik am Vorstand geübt wurde, ist zu vermuten, dass einige Delegierte Denkmittel bei der Wahl verteilt haben. Hinzu kommt Kritik an Hofmanns Führungsstil und Unmut darüber, dass die IG Metall die 35-Stunden-Woche im Osten immer noch nicht durchsetzen konnte.

Natürlich wurde auch über die Personalfragen der Zukunft spekuliert: Ob die bisherige Zweite Vorsitzende Christiane Benner – seit 2015 erste Frau in der Führungsspitze der IG Metall – dann den Chefposten übernehmen könnte oder der profilierte Tarifpolitiker Roman Zitzelsberger aus Baden-

Württemberg. Am wenigsten trifft wohl die von den Medien kolportierte These zu, dass für den Dämpfer bei der Wahl vor allem jene Delegierte verantwortlich seien, die »vom neuen Rigorismus der Klimaschutzpolitik des IG Metall-Vorstandes und der sie begleitenden gesellschaftlichen Stimmung genervt« seien.

Die zweite Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner, wurde mit 87% wiedergewählt. Jürgen Kerner wurde mit 95% im Amt des Hauptkassierers bestätigt. Auch die

**Forum
Gewerkschaften**

geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Ralf

Kutzner (346 Stimmen), Wolfgang Lemb (361 Stimmen), Irene Schulz (391 Stimmen) und Hans-Jürgen Urban wurden wiedergewählt. Der Verfechter einer kapitalismus-kritischen Gewerkschaftspolitik hat mit Abstand die meisten Stimmen erhalten. Von 479 Delegierten stimmten 469 für seine Wiederwahl (98%). Die Delegierten honorierten seine klaren und orientierenden Ausführungen in seinem mündlichen Geschäftsbericht, in dem er eine »eingreifende Politik« der IG Metall forderte. Nur weil »die Vorstände die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben, dürfen nicht die Beschäftigten mit Arbeitsplatzverlusten dafür zahlen«. Urban forderte eine Reform des Arbeitslosengeldes. Weniger als ein Drittel beziehe noch Arbeitslosengeld I, der Rest hänge im Hartz-IV-System fest. »Ein Gesetz, dessen Regelsätze für ein würdevolles Leben nicht reichen, das Arbeitslose in prekäre Jobs drängt und das als Drohung über den Belegschaften schwebt, um sie gefügig zu halten, (...) brauchen wir nicht«, sagte er unter großem Applaus. Urban kritisierte die Blockadehaltung der Unternehmen gegenüber einem verbesserten Berufsbildungsgesetz sowie einer Ausbildungsgarantie und machte sich stark für ein Transformations-Kurzarbeitergeld. Das Wahlergebnis ist sicherlich auch eine Anerkennung der Leistungen in seinem Geschäftsbereich, zu dem sowohl die Sozialpolitik als auch die Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik gehören. Und die Resonanz bei den Delegierten ist ein Hinweis darauf, dass sie sich eine stärkere gesellschafts-kritische Positionierung ihrer Gewerkschaft wünschen.

»Stunden entlassen, statt Menschen«

Vier weitere betriebs- und zugleich gesellschaftspolitische Themen aus den Debatten des Gewerkschaftstags seien noch benannt. Das Thema Arbeitszeit soll auch in den nächsten Jahren ein tarifpolitischer Schwerpunkt der IG Metall sein. Die angestrebten Ziele sind:

die Rechte auf selbstbestimmte Arbeitszeiten ausweiten, mehr Möglichkeiten für mehr Beschäftigte in weiteren Branchen durchsetzen sowie den Leistungsdruck begrenzen. Bestehende Regelungen wie zum »mobilen Arbeiten« sollen ausgeweitet und weiterentwickelt werden, um die Beschäftigten vor ausufernden Arbeitszeiten, Arbeitsverdichtung und Stress zu schützen.

Im Zusammenhang mit dem ökologischen Umbau strebt die IG Metall zudem eine Verkürzung von Arbeitszeiten an. Die Arbeitgeber sollen gezwungen werden, alle Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung auszuschöpfen, bevor Beschäftigte entlassen werden. Dazu gehört auch die Einführung von Kurzarbeit mit einer Aufzählung durch den Arbeitgeber. Damit sollen die Arbeitsplätze gesichert werden – nach dem Motto »Stunden entlassen, statt Menschen entlassen«. Das Thema Angleichung der Arbeitszeiten an die 35-Stunden-Woche in allen Branchen und Regionen – insbesondere in der ostdeutschen Metallindustrie – bleibt auf der Tagesordnung. Dort arbeiten die Beschäftigten 30 Jahre nach dem Fall der Mauer immer noch 38 statt der in der westdeutschen Metallindustrie geltenden 35 Stunden. Deshalb müsse endlich die Blockade der Metallarbeitgeber gegen die soziale Einheit von West und Ost durchbrochen werden.

Votum gegen das »Sozialpartnerschaftsmodell im Betriebsrentenstärkungsgesetz«

Die IG Metall hat mit ihrer Rentenkampagne der vergangenen Jahre einige Forderungen durchsetzen können: So bleibt das Rentenniveau zumindest bis 2025 stabil, es wurden Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente eingeführt, Erziehungsleistungen werden honoriert und die Rente mit 63 erleichtert flexible Übergänge wenigstens für einige Jahrgänge. Dennoch, die Weichen in der Alterssicherung bleiben falsch gestellt, und es herrscht weiter Reformbedarf, der mit den im verabschiedeten Leitantrag 3 »Alterssicherung« beschlossenen Maßnahmen angegangen werden soll. Ziel ist eine auskömmliche Rente für alle. Das gesetzliche Rentenni-

veau soll dauerhaft stabilisiert und wieder auf etwa 53% angehoben werden, wie es jahrzehntelang der Fall war.

Dennoch: Selbst bei steigendem Rentenniveau bleiben viele Menschen von akuter Armut im Alter bedroht. Betroffen sind Kolleg*innen, die lange im Niedriglohnsektor beschäftigt waren oder Lücken in ihrem Erwerbsleben haben. Für sie soll es bei der Berechnung der Grundsicherung Freibeträge für die gesetzliche Rente geben, dazu eine Grundrente. Zeiten von Pflege, Kindererziehung oder Langzeitarbeitslosigkeit sollen bei der Rentenberechnung besser anerkannt werden. Bei der Erwerbsminderungsrente fordern die Delegierten Verbesserungen, etwa die Beseitigung von Abschlägen. Die Reha- und Präventionsangebote der gesetzlichen Rentenversicherung sollen ausgeweitet werden.

Der Rente mit 67 sowie allen Versuchen, das Rentenalter noch weiter zu anzuheben, erteilten die Delegierten eine klare Absage. Stattdessen wurde die Forderung nach einer erreichbaren Altersgrenze und flexiblen, sozial abgesicherten Übergängen in den Ruhestand beschlossen. Die Rentenversicherung soll zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden, in die auch Selbständige und Freiberufler einzahlen.

Darüber hinaus soll eine starke arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge installiert und weiterentwickelt werden. Während die GS Stuttgart eine Initiative zum Ausbau der betrieblichen Altersversorgung auf Basis des Betriebsrentenstärkungsgesetzes und Schritte zur gemeinsamen Einrichtung gemäß dem Sozialpartnermodell forderte, sprachen sich die Delegierten gegen das »Sozialpartnerschaftsmodell des Betriebsrentenstärkungsgesetzes« aus, denn schließlich sei die Rente eine grundgesetzliche Sozialstaatsaufgabe und keine Kapitalmarktangelegenheit. Daraufhin wurde per Beschluss in den Leitantrag folgende Formulierung aufgenommen: »Eine arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente für alle, mit garantierter Mindestleistung, die Gewährleistung der Arbeitgeberhaftung sowie der Bestandsschutz bestehender betrieblicher Regelungen bilden für uns unverzichtbar die Grundlage für den mög-

lichen Ausbau tariflicher Regelungen, um die Zusage zur betrieblichen Altersversorgung für die Beschäftigten so belastbar wie möglich zu gestalten und die Ansprüche der Beschäftigten zu schützen.« Zwar wurde mit dieser Entscheidung die Entscheidung über den Durchführungsweg vertagt, aber auch wenn das nicht direkt beschlossen wurde, ist damit das Sozialpartnermodell faktisch erledigt.

»Klare Kante« gegen rechts

Das Thema Kampf und die konsequente Abgrenzung gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung hat sich wie ein roter Faden durch alle Berichte und Debatten gezogen. Wie notwendig eine klare Positionierung in der Frage »Klimaschutz und soziale Sicherheit« ist, betonte Michael Häberle, Betriebsratsvorsitzender bei Daimler in Untertürkheim, denn rechte Parteien wie die AfD bzw. das Zentrum Automobil e.V., unterstützt und finanziert von Hintermännern rechtsradikaler und faschistoider Netzwerke, nutzen die Klimadebatte, indem sie an die Unsicherheit der betroffenen Belegschaften andocken. »Diese braune Bremsspur ernährt sich bei uns ausschließlich durch die Angst der Kolleginnen und Kollegen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und durch die Sorge, was die Zukunft bringen wird.«

»Mit rechtspopulistischen Parteien wie der AfD darf es daher keine Zusammenarbeit geben«, heißt es in der einstimmig beschlossenen Entschließung 2. Dem Treiben der Rechtsradikalen müsse »nicht nur mit Worten, sondern auch mit Aktivitäten vor Ort« entgegengetreten werden, so der Tenor in der Debatte. Die Delegierten beauftragten den Vorstand, eine Richtlinie mit dem Inhalt zu erlassen: Mitglieder der IG Metall, die die Grundwerte für eine solidarische, offene und gerechte Gesellschaft nicht teilen, im oder außerhalb des Betriebes hetzen und rassistisches Gedankengut verbreiten, können nicht gleichzeitig die IG Metall im oder außerhalb des Betriebes als Betriebsrätin/Betriebsrat oder Vertrauensfrau/Vertrauensmann oder in anderen Funktionen ver-

treten. Gleiches gilt für Funktionäre, die aktiv für rechtspopulistische Bewegungen und/oder Parteien in Erscheinung treten und Mandate für diese Bewegungen und/oder Parteien innehaben oder anstreben. Allerdings habe die Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit Priorität und nicht der Ausschluss aus der Gewerkschaft.

Gegen Rüstungsexporte und für Rüstungskonversation

Die etwas vage gehaltenen Formulierungen in der Entschließung 2 zum Thema »Für eine verantwortungsbewusste Friedenspolitik« wurden durch die Annahme von Anträgen aus den Geschäftsstellen konkretisiert. So wurde das von den NATO-Mitgliedsstaaten empfohlene, und von US-Präsident Donald Trump lautstark eingeforderte »2-Prozent-Ziel für Rüstungsausgaben« eindeutig abgelehnt (Antrag der GS Köln-Leverkusen). Es wurde beschlossen, dass der Vorstand der IG Metall auf die Bundesregierung einwirken soll, dass Rüstungsexporte eingeschränkt, landgestützte atomare Mittelstreckenwaffen nicht in Deutschland stationiert und die Verhandlungen über den gekündigten INF-Vertrag wiederaufgenommen werden, die internationale Ächtung von sogenannten ABC-Waffen vorangetrieben und die Bundeswehr nicht mit bewaffneten Kampfdrohnen ausgestattet wird. (Antrag der GS Hamburg)

Die wehr- und sicherheitstechnische Industrie stehe am Anfang einer tiefgreifenden Transformation, heißt es in einem Antrag der Geschäftsstelle Nordhessen, der Anforderungen für die Branchenpolitik der IG Metall in diesem Sektor formuliert und Forderungen an die politischen Entscheidungsträger beinhaltet, um den Strukturwandel im Sinne der Beschäftigten zu bewältigen. Betriebsräte und Geschäftsstellen, die Konversionsprojekte auf den Weg bringen, sollen vom Vorstand unterstützt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, »ein neues Programm oder einen erweiteren Fonds für Konversion und Diversifikation in zivile Märkte aufzulegen und zudem entsprechende Programme bei der europäischen Union zu initiieren«. Der Antrag aus der GS

Jena-Saalfeld, in dem eine »friedenspolitische Konferenz mit Rüstungskonversationsinitiativen, Rüstungsexportkritikern, lokalen Friedensinitiativen und und Konfliktforschern« gefordert wurde, auf der die bisherigen Aktivitäten und die Konversionserfahrungen der 1980er Jahre ausgewertet und mit aktuellen friedenspolitischen Themen abgeglichen werden sollen, wurde als Material an den Vorstand angenommen.

Betrieb und Gesellschaft

»Die IG Metall vom Betrieb her denken«, heißt ein Projekt, mit dem es in den kommenden Jahren gelingen soll, Organisationsmacht in den Betrieben zu stärken und mit partizipativer Betriebspolitik das Engagement der Beschäftigten für eine sozial und ökologisch geleitete Transformation von Arbeit und Wirtschaft voranzutreiben. Ziel ist es, zusammen mit den Betriebsräten, Vertrauensleuten, Betriebsbetreuern Vorschläge zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit vor Ort, im Betrieb, in der Geschäftsstelle zu entwickeln und umzusetzen.

Das ist richtig, allerdings zu eng geführt. Betrieb und Gesellschaft sind – das zeigt sich nicht zuletzt in der neuen Arbeitszeitpolitik – keine hermetisch abgegrenzten Politikfelder, sondern enger aneinander gerückt, und geben sich wechselseitig Anstoß. So heißt es in einem Antrag der GS Esslingen zurecht, der Erfolg der IG Metall baue im Wesentlichen auf drei Säulen auf: Tarifpolitik, Betriebspolitik und Gesellschaftspolitik. Die praktische Umsetzung gelingt meist nur in langwierigen Prozessen mit hohem Personaleinsatz. Deshalb geht es letztlich auch um die Verteilung der finanziellen und personellen Ressourcen in der IG Metall, um die Machtbalance zwischen den Geschäftsstellen und dem Vorstand. Unstrittig ist: Die Verknüpfung von betriebs- und gesellschaftspolitischen Mandat – das wird in der »neuen Zeit« die Stärke der Gewerkschaft ausmachen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

